

# „Wir müssen Stiftungsuni werden“

Die letzten sechs Wochen wird Oliver Grundei nicht mehr vergessen. Der Zusammenhalt von Uni, Stadt und Region sei unglaublich stark gewesen.

**Lübecks Uni bleibt!**



## Zur Person

**Oliver Grundei (39)** ist in Hannover geboren. Er hat in Kiel, Heidelberg, Jena und Tübingen Rechtswissenschaften studiert. Von 2001 bis 2005 war er Geschäftsführender Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lorenz-von-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften an der Kieler Uni. Von 2005 bis Oktober 2007 war er Kanzler der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste Stuttgart, dann kam er an die Uni Lübeck und gehört als Kanzler dem Präsidium an.

Es ist das Büro eines Arbeiters: Computer an, Aktenberge auf dem Schreibtisch. Dr. Oliver Grundei (39) ist Jurist und seit Oktober 2007 an der Uni Lübeck. Früher war er an der Uni Kiel – und kennt die Befindlichkeiten zwischen den Standorten. Der Schock in Lübeck sitzt tief, nachdem bekannt wurde, dass die Kieler das Aus der Uni-Medizin geplant haben, sagt er. Foto: LUTZ ROESSLER

**Grundei:** Zurzeit sind das sowohl in Lübeck als auch in Kiel 31 000 Euro pro Jahr und pro Student. Das UKSH erhält zusätzlich 28 000 Euro pro Student. Unser Konzept sieht vor für 2018, dass der Betrag in Lübeck stabil bei 31 000 Euro bleibt, in Kiel soll er auf 36 000 Euro hoch gehen, das UKSH soll künftig 32 000 Euro pro Student bekommen. Das hängt mit der stärkeren Absenkung der Studentenzahlen im Vergleich mit der nicht ganz so starken Absenkung des Landeszuschusses zusammen.

**LN:** Bleibt die Uni jetzt erhalten oder geht die Debatte in ein paar Jahren wieder los?

**Grundei:** Unsere große Hoffnung, die wir mit der Stiftungsuni verbinden, ist Planungssicherheit. Damit diese Diskussionen endgültig aufhören. Das ist nicht nur existentiell wichtig für Lübeck, sondern ist auch gut für Kiel und das Land insgesamt.

**LN:** Ihr Fazit der letzten sechs bis sieben Wochen?

**Grundei:** Eine unvergessliche und unglaublich belastende Zeit. Ich habe das nie für möglich gehalten. Ich habe nie gedacht, dass man als Vertreter einer Hochschule so etwas erleben wird. Alle unsere Unimitglieder haben gelitten und sind froh, wenn diese Zeit vorbei ist.

**LN:** Was nehmen Sie daraus mit?

**Grundei:** Wir müssen versuchen, das Positive aus dieser Zeit mitzunehmen: Die Solidarität nicht nur der Stadt, sondern der gesamten Region ist so unglaublich gewesen, dass hätte man sich vorher so niemals vorstellen können. Das Engagement unserer Studenten und unserer Mitarbeiter, der Wirtschaft – einfach fantastisch. Wir müssen versuchen, das in eine gute Zukunft zu übertragen. Das ist gerade für das Thema Stiftungsuni unglaublich wichtig. Wenn uns das gelingt, kann es vielleicht sein, dass wir irgendwann sagen werden: Wir haben aus 2010 mehr Positives mitgenommen als Schreckliches.

**LN:** Würden Sie den Job wieder machen?

**Grundei:** Ja. Ich habe immer gesehen, wie hervorragend diese Uni in ihrem Kern aufgestellt ist, wie groß das Engagement aller Beteiligten und die Qualität in Forschung und Lehre ist. Und ich gehe davon aus, dass sich Qualität auf lange Sicht immer durchsetzen wird. Jetzt fange ich an, mich auf die neue Herausforderung Stiftungsuni zu freuen.

**Lübecker Nachrichten:** Was machen sie am 13. Juli während der Kabinettsitzung in Kiel?

**Oliver Grundei:** Da geben wir in Kiel die über 50 000 Unterschriften ab, die in den letzten sechs Wochen zum Erhalt der Universität gesammelt worden sind.

**LN:** Der Bund will einsteigen und helfen. Ist die Uni jetzt gerettet?

**Grundei:** Ich glaube das erst, wenn die Regierung am 13. Juli ihren Beschluss der Öffentlichkeit präsentiert und im Haushaltsentwurf tatsächlich das Aus des Lübecker Medizinstudiums nicht mehr enthalten ist.

**LN:** Wenn der Beschluss aufgehoben wird, wie geht es weiter?

**Grundei:** Wir haben ja unser Sparkonzept vorgelegt, dass jetzt möglicherweise durch Bundesmittel ergänzt werden kann. Wir müssen dann mit Hochdruck daran weiterarbeiten, die Konzeption in eine Form zu bringen, die auch vor dem Wissenschaftsrat bestehen kann. Der Wissenschaftsrat prüft die Hochschulmedizin in Kiel und Lübeck in diesem Jahr. Wir rechnen bis Ende des Jahres mit ersten Ergebnissen.

**LN:** Glauben Sie, dass die Uni Lübeck jetzt Stiftungsuni wird?

**Grundei:** Wir glauben fest daran. Wir sind auch überzeugt davon, dass es absolut notwendig ist – auch für das Land. Denn die Geldknappheit ist jetzt offen zu Tage getreten. Der Prozess zur Überführung der Universität zu Lübeck in eine Stiftungsuniversität muss jetzt eingeleitet werden. Es sollte schnell eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden – auch mit Vertretern des Finanzministeriums –, um die Details zur Umsetzung zu erarbeiten. Im Idealfall 2012, vielleicht auch erst 2013 wären wir dann Stiftungsuni. Wichtig ist für uns, dass die Entscheidung, dass wir Stiftungsuni werden sollen, schon jetzt getroffen wird. Dies würde erheblich zur Beruhigung der Situation beitragen.

**LN:** Der Weg ist lang. Sie müssen dann mit Minister Jost de Jager (CDU) an einem Tisch sitzen.

Wie wollen Sie das vor dem Hintergrund der jüngsten Auseinandersetzungen machen?

**Grundei:** Wir sind unsererseits bemüht, dass Thema nicht auf die persönliche Ebene zu bringen. Wir appellieren und gehen auch davon aus, dass alle Beteiligten die nötige Professionalität für eine an der Sache orientierte Zusammenarbeit aufbringen. Das wird an uns nicht scheitern – und ich denke gerade Politiker besitzen die Fähigkeit, sich auf neue Situationen einzustellen.

**LN:** Gibt es genügend Vertrauen ins Ministerium?

**Grundei:** Das Ministerium besteht ja nicht nur aus der politischen Führung. Und seit wir wissen, dass der Vorschlag zur Schließung unseres Medizinstudiengangs nicht von der Arbeitsebene des Ministeriums erarbeitet wurde, sind wir zuversichtlich gestimmt, was die künftige Zusammenarbeit angeht.

**LN:** Der Plan für das Aus der Uni Lübeck stammt vom Ex-Dekan der Medizinischen Fakultät in Kiel. Ist das Tisch Tuch zwischen den Unis Kiel und Lübeck jetzt komplett zerschnitten?

**Grundei:** Die Situation ist sicherlich jetzt schwieriger denn je. Auch wenn nun nächste Woche eine für alle Seiten tragfähige Lösung gefunden werden sollte, hat doch der Beschluss der Landesregierung vom 26. Mai und die Art und Weise, wie er offensichtlich vorbereitet wurde, sehr, sehr viel kaputt gemacht. Gerade die Zusammenarbeit zwischen Kiel und Lübeck – die vom Land immer gewollt war – hat erheblichen Schaden genommen. Wollte ich etwas anderes behaupten, müsste ich lügen.

**LN:** Ist der Schaden irreparabel?

**Grundei:** Ich gehe nicht davon aus, dass sämtliche Mitglieder der Uni Kiel oder ihrer Medizinischen Fakultät hier involviert sind. Sondern es sind einzelne, wenige. Der Vorgang an sich ist absolut schockierend. Aber ich bin hoffnungsfroh, dass es in Kiel neben den Studierenden noch viele andere geben wird, die sagen: Das war nicht fair.

**LN:** Ihr Sparkonzept ist sehr kritisiert worden von der Uni Kiel und vom Uniklinikum Schleswig-Holstein (UKSH). Haben Sie kein Augenmaß gehalten?

**Grundei:** Doch, das haben wir. Wir laden unsere Kooperationspartner der Uni Kiel und des UKSH jetzt zu Gesprächen ein. Wir standen vor der Aufgabe, erhebliche Einsparungen im Bereich der Hochschulmedizin zu erbringen – bei Erhalt beider Standorte für Medizin.

**LN:** Die Finanzierung ist kompliziert...

**Grundei:** In der Hochschulmedizin gibt es einen Landestopf mit knapp 130 Millionen Euro für alle drei Kooperationspartner: Lübeck, Kiel und UKSH. Es ist unmöglich eine Maßnahme zu ergreifen, die nicht immer auch alle Partner trifft. Das war im Sparkonzept der Landesregierung genauso. Da hätte Kiel erhebliche Probleme bekommen: Die Uni hätte sehr viel mehr Studenten aufnehmen müssen – bei gleichem Geld. Und das UKSH wäre beim Regierungskonzept finanziell erheblich schlechter weggekommen. Es hätte 13 Millionen Euro erbringen müssen, unser Konzept sieht nur 10,4 Millionen Euro vor.

**LN:** Wer bekommt wie viel Geld pro Jahr und pro Student?